

Medienkonferenz: «Ergebnisse Überprüfung Staatspersonalrecht»

*Rede von Frau Landammann Sandra Kolly - Solothurn, 23. Juni 2025
(Es gilt das gesprochene Wort)*

Geschätzte Damen und Herren

Heute setzen wir ein klares Zeichen: Der Regierungsrat hat beschlossen, das Personalrecht im Kanton Solothurn zu modernisieren. Dazu ist der Gesamtarbeitsvertrag des Kantons Solothurn per Ende Jahr zu kündigen. Das ist ein grosser Schritt. Und er ist gut überlegt.

Lassen Sie mich eines gleich zu Beginn deutlich sagen: Es ändert sich heute und auch nach Kündigung des GAV Ende Jahr nichts an den Arbeitsbedingungen. Der bestehende GAV bleibt gültig – so lange, bis eine neue gesetzliche Lösung bereitsteht.

Dieser Prozess benötigt seine Zeit. Und das ist auch richtig so. Das federführende Parlament und die betroffenen Gemeinden und Sozialpartner sollen ohne Druck eine moderne und zukunftsfähige Lösung erarbeiten. Wir rechnen damit, dass der parlamentarische Prozess die gesamte Legislatur in Anspruch nehmen wird. Der bestehende GAV wird also sicher noch 4 Jahre als integraler Vertragsbestandteil aller Arbeitsverträge gültig bleiben.

Wir lassen uns Zeit – weil wir Sorgfalt wollen. Aber wir machen ernst – weil wir Veränderung brauchen.

Warum?

Weil uns unser heutiges System nicht mehr trägt. Der GAV wurde einmal eingeführt, um Einheit zu schaffen. Doch diese Einheit ist inzwischen zum Hindernis geworden. Ein einziger Vertrag für alle – für Spitäler, Schulen,

Verwaltung – das wird den heutigen Ansprüchen und Bedürfnissen einfach nicht mehr gerecht.

Was im Spitalbereich passt, passt nicht automatisch für eine Schule. Und was im Bildungswesen nötig ist, bringt im Justizvollzug vielleicht gar nichts. Wir haben heute viele Berufswelten – aber nur einen Rahmen. Und dieser Rahmen ist zu eng geworden. Deshalb sagen wir: Für den Spitalbereich soll es weiterhin einen eigenen GAV geben – das ist sinnvoll, das ist richtig. Für die kantonale Verwaltung und die Lehrerschaft braucht es eine neue gesetzliche Grundlage. Eine Personalgesetzgebung, die vom Parlament beschlossen wird – demokratisch legitimiert, klar strukturiert und verlässlich.

Wir schaffen damit etwas, was heute fehlt: Transparenz, Klarheit und Zukunftstauglichkeit.

Denn eines ist für mich ganz zentral – und das spreche ich mit voller Überzeugung aus: Gute und zufriedene Mitarbeitende sind elementar für ein funktionierendes Zusammenleben in unserem Kanton. Sie sorgen jeden Tag dafür, dass Baugesuche geprüft, Schülerinnen unterrichtet, Personen beschützt und Patienten gepflegt werden. Sie sind der Service Public. An dieser Stelle sogleich mein Dank, an all diese engagierten Menschen, welche sich für den Kanton und unsere Gesellschaft tagtäglich einsetzen.

Auch darum liegt es mir am Herzen, dass unser Personal ein Regelwerk erhält, das sie in ihrer Weiterentwicklung unterstützt. Sie brauchen ein Gesetz, das differenzieren kann – das sich anpassen lässt – das zu den Anforderungen passt, die sich verändern.

Was wir jetzt angehen, ist ein Kraftakt. Aber er lohnt sich.

Wir stehen ganz am Anfang. Die parlamentarische Beratung, die Ausarbeitung der Details – das alles liegt noch vor uns. Aber mit dem heutigen Entscheid stellen wir die Weichen. Wir sagen: So wie bisher geht es nicht weiter.

Aber wir sagen auch: Wir gestalten diesen Weg gemeinsam – verantwortungsvoll, vorausschauend und im Dialog.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.